

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
165 · Ausgabe CH · September 2016
AZB 3001 Bern



Ex-Press



Abschalten!

SP-Vizepräsident Beat Jans sagt, welches die Argumente für ein Ja zur Atomausstiegsinitiative sind, die diesen Herbst zur Abstimmung kommt. Seiten 2 und 3

USR III

Die Unternehmenssteuerreform III reißt massive Löcher in die Kassen der Kantone. Diese sparen bei den Schwächsten, wie das Beispiel St. Gallen zeigt. Seite 5

NACHRUF

Mit Lilian Uchtenhagen und Amélia Christinat sind Anfang September zwei wichtige sozialdemokratische Politikerinnen verstorben. Seite 17

«Die Initiative führt weder zu einer Stromlücke noch zu einer Stromverteuerung»



«Würden wir auf rund 40 Prozent der Dächer Fotovoltaik-Anlagen installieren, könnten wir die AKWs ersetzen.»

ENDE NOVEMBER KOMMT DIE ATOMAUSSTIEGSINITIATIVE AN DIE URNE. SP-VIZEPRÄSIDENT BEAT JANS SAGT, WARUM WIR KÜNFTIG PROBLEMLOS OHNE ATOMSTROM AUSKOMMEN.

Die Atomausstiegsinitiative wurde kurz nach der Atomkatastrophe in Fukushima 2011 lanciert. Damals schien der vollständige Ausstieg aus der Atomkraft mehrheitsfähig. Wie nimmst du die Stimmung heute wahr?

Das bürgerlich dominierte Parlament hat auf Zeit gespielt. Es wusste: Irgendwann geht der Schock vergessen, die Gefahr ist dann nicht mehr so unmittelbar vor Augen. Das ist vermutlich auch der Grund dafür, dass das Parlament die Abstimmung über die Initiative bis zum letztmöglichen Termin hinausgezögert hat. In der Zwischenzeit ist allerdings einiges passiert, das erst recht für die Initiative spricht: Einerseits rentiert der Atomstrom nicht mehr, andererseits haben wir heute die Zusicherung aus den Fachkreisen, dass eine Annahme der Initiative weder zu einer Stromlücke noch zu einer langfristigen Stromverteuerung führen würde.

Wieso können so viele Leute, gerade aus der Politik, die Gefahr, die von AKWs ausgeht, einfach ausblenden?

Aus Unwissenheit oder Überheblichkeit. Ich habe mal recherchiert, wie viele Regierungen behaupten, sie hätten die sichersten AKWs der Welt, und bin auf etwa zwölf gestossen – darunter Japan und Russland. Tatsache ist: Wir in der Schweiz haben die ältesten AKWs der Welt. Inzwischen haben wir Typen am Netz, die sonst weltweit nirgends mehr laufen. Bestimmte Teile eines AKWs kann man nicht ersetzen, deren Material veraltet und wird spröde. Mit zunehmendem Alter wächst das Unfallrisiko. Hinzu kommt das Terrorrisiko. Der wichtigste Grund für ein Ja zur Initiative ist die Sicherheit. Es gilt unbedingt zu verhindern, dass es zu einem Atomunfall kommt. Bei einem GAU in einem unserer AKWs müssten Hunderttausende evakuiert werden. Man kann künftigen Generationen nichts Schlimmeres antun, als ihre Heimat für immer unbewohnbar zu machen.

Die Initiative verlangt, dass AKWs nach 45 Jahren vom Netz genommen werden. Die Gegner warnen, Betreiber könnten auf Schadenersatz klagen, wenn sie ihre Anlagen früher als geplant abstellen müssen. Werden sie damit durchkommen?

Kaum. Die SP-Fraktion hat die Frage bei Enrico Riva abklären lassen. Dr. Riva ist emeritierter Professor und Spezialist für Entschädigungsfragen. Seine Antwort ist klar: Die AKW-Betreiber könnten nur die durch die frühzeitige Abschaltung entgangenen Gewinne geltend machen. Nun schreiben die AKWs gegenwärtig allesamt Defizite, und Branchenkennern zufolge wird das auch noch einige Jahre so bleiben. Das heisst: Es gibt schlicht keine entgangenen Gewinne, die sie geltend machen könnten.

Wenn die AKWs nicht mehr rentieren, müssten doch die Betreiber selbst ein Interesse haben, die Anlagen abzuschalten ...

Das ist so. AKWs sind «stranded assets», Vermögenswerte, die infolge nicht vorhergesehener Entwicklungen unrentabel geworden sind. Das sagt Jens Alder, der Verwaltungsratspräsident von Alpiq, sogar öffentlich. Alpiq wollte ihre Anlagen darum an Électricité de France verschenken. Die wollten



Leyla Gül,
Co-General-
sekretärin der
SP Schweiz

sie aber nicht, was der eindeutige Beweis dafür ist, dass niemand mehr Gewinnerwartungen hat. Dasselbe in der Stadt Zürich: Die Bevölkerung hat den Atomausstieg beschlossen, die Anteile der Elektrizitätswerke an den Atomkraftwerken sollen verkauft werden. Aber niemand will sie.

Die BKW geht voran und schaltet Mühleberg 2019 aus wirtschaftlichen Gründen ab. Was hindert die anderen daran, dies ebenfalls zu tun?

Die Betreiber verdienen heute kein Geld mehr, müssen aber noch in die Fonds einzahlen, mit denen die Stilllegung und der Rückbau der AKWs bezahlt werden sollen. In diesen Fonds fehlt noch gut die Hälfte des nötigen Geldes, das sind rund 12 Milliarden. Dieses fehlende Geld müsste am Tag der Stilllegung eingezahlt werden. Ob die Betreiber es angesichts der schlechten Ertragslage überhaupt je aufbringen können, ist fraglich.

Wenn die Initiative angenommen wird, tritt diese Situation auch ein – wer muss dann für die fehlenden Milliarden aufkommen?

Von Gesetzes wegen sind die AKW-Betreiber dazu verpflichtet. Weil sie wohl nicht zahlen könnten, haben wir die Idee einer staatlichen Abwicklungsgesellschaft ins Spiel gebracht, die Rückbau und Entsorgung zusammen mit den Betreibern unter demokratischer Kontrolle organisiert. Dies aber nur unter der Bedingung, dass sich auch die Aktionäre und Eigner der AKWs, die jahrzehntelang Dividenden bezogen haben, beteiligen. Angesichts der schlechten Lage der Stromkonzerne gehen wir davon aus, dass es eine solche Lösung so oder so braucht, auch ohne diese Initiative.

Rund 33 Prozent des Stroms wird heute von AKWs produziert, dieser fällt mit der Initiative weg. Woher kommt dieser Strom dann?

Grundsätzlich wäre er durch Importe ersetzbar. Wir als SP haben aber immer gesagt, dass wir den Strom durch Angebote im Inland ersetzen wollen. Nach Fukushima haben wir in einer Roadmap aufgezeigt, wie der Atomausstieg bis 2025 hätte realisiert werden können: Würden auf rund 40 Prozent der Dächer in der Schweiz Fotovoltaik-Anlagen installiert, könnten damit die heutigen AKWs ersetzt werden. Und die Stauseen produzieren genug Strom, um die Schwankungen in der Produktion aufzufangen.

Dazu müssen aber die erneuerbaren Energien stärker gefördert werden. Die Energiestrategie 2050 des Bundesrats hat dies zum Ziel. Taugt sie als Ergänzung zur Atomausstiegsinitiative?

Das Parlament hat zur Energiestrategie ein erstes Massnahmenpaket beschlossen. Dieses geht noch zu wenig weit. Die bürgerliche Mehrheit hat die Vorlage des Bundesrats praktisch nur verschlechtert. Um die Energiestrategie umzusetzen, braucht es ein zweites, wahrscheinlich sogar auch ein drittes Massnahmenpaket. Allerdings wird es bei den aktuellen Mehrheiten im Parlament mit grosser Wahrscheinlichkeit kein weiteres geben – es sei denn, das Parlament erhält mit einem Ja zur Atomausstiegsinitiative einen Volksauftrag.

Im umliegenden Ausland wird seit langem massiv in erneuerbare Energien investiert – werden wir in der Schweiz langsam abgehängt?

Die Energiewende findet global statt, und zwar in einem rasanten Tempo. Die Initiative stellt die Frage, ob wir als Schweiz weiter hinterhermarschieren oder ob wir vorne mit dabei sein wollen.

DARUM GEHT ES

Die Atomausstiegsinitiative wurde nach dem Atomunfall in Fukushima 2011 von den Grünen lanciert und wird von der SP unterstützt. Die Initiative will ein Bau- und Betriebsverbot für neue AKWs und maximale Laufzeiten von 45 Jahren für bestehende Anlagen. Bei ungenügender Sicherheit müssten AKWs auch schon früher abgeschaltet werden. Das letzte AKW der Schweiz würde somit spätestens 2029 vom Netz gehen. Darüber hinaus fordert die Initiative für den geordneten Atomausstieg eine Energiewende, die auf Einsparungen, Energieeffizienz und dem Ausbau der Erneuerbaren basiert. Abgestimmt wird am 27. November.

Von Unterschieden und kulturellen Differenzen

Kaum hat sie angefangen, ist mir die Diskussion, ob die Burka verboten gehört oder nicht, schon etwas verleidet. Ob Burka oder Burkaverbot – bei beidem sträuben sich mir die Nackenhaare, hinter beides gehört ein simples Nein. Damit wäre das Kapitel eigentlich erledigt, denn wegen geschätzter hundert Burkaträgerinnen ernsthaft die Verfassung abändern zu wollen, ist schlicht widersinnig. Aber leider ist es nicht so einfach, denn – Überraschung! – es geht gar nicht um die Burka. Ebenso wenig, wie es bei der Minarett-Initiative ums Minarett gegangen ist oder es bei einer zukünftigen Halal-Initiative ums Schächten gehen wird. Der simple Plan liegt darin, einen tiefen Graben zwischen uns und die anderen zu ziehen und so die schweizerische Identität zu definieren. Im Zentrum steht dabei der weisse, patriotische, rechtschaffene Schweizer, dessen Lebensaufgabe darin besteht, Frau, Kind und Eigentum vor dem Fremden zu schützen (ob Frau und Kind das wollen, ist nebensächlich). Er bestimmt, was geht und was nicht, was richtig ist und was falsch, was oben ist und was unten. Ohne rot zu werden, propagiert die Rechte das Burka-Verbot als Kampf für die Gleichstellung. Dieselben Männer, die häusliche Gewalt als «Kavaliersdelikt» abtun und Lohnkontrollen als «Regulierungswahn». Ihr Ziel: Fremd- und Andersartigkeit als abnormal abtun, als nicht dazugehörig, als zersetzend und störend. Und zum Maximum der Fremd- und Andersartigkeit sind heutzutage die Moslems geworden, so wie es zu anderen Zeiten die Tamilen, Russen oder Juden waren.

Natürlich lohnt es sich, sich für die Dinge einzusetzen, die einem wichtig sind. Das tun wir jeden Tag und das kann ohne kulturellen Imperialismus und nationalistische Färbung passieren. Auch dünkt es mich gescheiter, nicht von Beginn weg auf Verbote zu setzen, sondern auf Neugier und Lust an Auseinandersetzung. Und auf das Wissen, dass jede Gesellschaft voll von Widersprüchen und Differenzen ist – zwischen NachbarInnen, FreundInnen, Paaren, SchweizerInnen, AusländerInnen. Oder anders gesagt: Ein Unterschied ist doch meist einfach ein Unterschied und nicht eine kulturelle Differenz. Und diese Unterschiede haben auch Platz, solange sie nicht die Freiheit anderer einschränken. Deshalb finde ich, dass wir die Burka nicht einfach links liegen lassen sollten – was sie objektiv verdienen würde –, sondern uns voll hineinwerfen in die Auseinandersetzung mit den selbsternannten Wächtern des Abendlandes. Und gegen jeden Millimeter ihres nationalistischen Gedankenguts ankämpfen.

«Finanzstreich» gefährdet unsere Zukunft

DAS PROJEKT «EINNAHMENEROSION», MIT DEM DIE BÜRGERLICHE MEHRHEIT PRIVATISIERUNGEN ERZWINGEN UND STAATLICHE LEISTUNGEN FÜR BEVÖLKERUNG UND WIRTSCHAFT ZUSAMMENSTREICHEN WILL, GILT ES ZU TORPEDIEREN – AUCH AN DER URNE.

1231f

Während wir Linken verantwortungsbewusst überlegen, wie unsere Reformprojekte bei der Altersvorsorge, im Gesundheitswesen und für die internationale Solidarität zu finanzieren sind, probt die bürgerliche Mehrheit einen «Finanzstreich». Vorlagen mit den Titeln Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket (KAP), Stabilisierungsprogramm (StabP), Unternehmenssteuerreform (USR), Schuldenbremse (SB) und Einfrierung von Lohnkosten (LK) sind nach dem Rechtsrutsch bei den letzten Wahlen mehrheitsfähig geworden. Unterschiedlich sind die Schwerpunkte: KAP und StabP verlangen staatliche Leistungen zum Dumpingpreis, allenfalls auch Leistungsabbau. Die dritte Auflage einer USR will die Steuern für Unternehmen eklatant reduzieren. Die Schuldenbremse als Instrument zur Entmündigung der Mitglieder der eidgenössischen Räte soll Zustimmung zu Projekten mit Kostenfolge im Parlament ermöglichen, deren Umsetzung dann aber aufgrund der gleichen Schuldenbremse verhindert wird.

«Staats-Bashing» zeigt Wirkung

Während Volk und Wirtschaft kontinuierlich mehr staatliche Leistungen einfordern, versuchen reaktionäre Finanzpolitiker, die erforderliche Finanzierung mit Druck und List zum Versiegen zu bringen. Kaum zu verbergen ist die ideologische Grundlage dieser Politik: zurück zum Nachtwächterstaat, welcher

ohne Wahrnehmung einer sozialen und gesellschaftlichen Verantwortung dem «Stärkeren» das Zepter in die Hand gibt. Die Bereitschaft zur Bezahlung der geforderten Staatsleistung schwindet, ein jahrzehntelanges «Bashing» gegen den Staat scheint eine unselige Wirkung zu erzielen: die Entfremdung der Bürgerinnen und Bürger vom Staat.

SP und Gewerkschaftsbewegung als Korrektiv

Die Geschichte lehrt uns, was eine solche Politik für Folgen hat. Nur dank dem Aufbau eines kollektiven Drucks durch gewerkschaftliche und sozialdemokratische Bewegungen gelang es, regulierend einzugreifen – oft im Bunde mit aufgeschlossenen liberalen und konstruktiven christlichen Kräften. Damit konnten ein gewisser sozialer Ausgleich, Eckwerte bei den Arbeitsbedingungen und definierte Standards an staatlichen Leistungen für alle statt für wenige erreicht werden. Soziale Eckpfeiler sollen ein würdiges Leben bei Erwerbsunfähigkeit, bei Unfall, Krankheit und Invalidität, aber auch bei fehlendem Erwerb oder im Alter sichern.

Solidarität und Menschenrechte

Die Schweiz profitiert seit Jahrzehnten von den Früchten einer globalisierten Wirtschaft. Unverkennbar kleben an diesem Erfolg auch Blutspuren von Ausbeutung, Unterdrückung und ökologischem Raubzug. Internationale Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe sind ein Mi-



Philipp Hadorn,
Nationalrat SO

nimum als Beitrag zu Frieden und Gerechtigkeit. Hilfe gegenüber Notleidenden und Verfolgten ist eine Selbstverständlichkeit.

Widerstand gegen Finanzstreich

Mit gezielter Einnahmenerosion plant die bürgerliche Finanzpolitik dem Staat mehr und mehr Mittel zu entziehen, unter anderem mit folgenden Vorhaben: USR III (–1,5 Mrd.), Mehrwertsteuer-Reform (–1 Mrd.), Steuerprivilegien für Baulandbauern (–0,4 Mrd.), Abschaffung der Stempelsteuer (–2,3 Mrd.).

SP und Gewerkschaften setzen weiterhin auf sozialen Ausgleich in allen Lebenssituationen, auf Chancen- und Lohngleichheit. Der soziale Frieden hängt in unserem Land davon ab, dass alle Menschen anständig leben können, und zwar in jeder Lebensphase. Heute steigt der Reichtum von Privaten, die Zahl der Working Poor aber nimmt zu. Während Menschen aus purer Not auf der Flucht sind, wollen Rechtsbürgerliche gar den an Leib und Leben Gefährdeten die Aufnahme in der Schweiz verweigern.

Die Schweiz ist ein reiches Land. Soziale Sicherheit wollen und können wir uns leisten. Weder Bildung, Forschung, öV, Infrastruktur, Gesundheitswesen, Altersvorsorge, (Bundes-)Personal noch Landwirtschaft vertragen Kürzungen.

Mit dem Referendum über die USR III hat das Stimmvolk die Chance, den Anführern des Finanzstreichs deutlich die rote Karte zu zeigen.

Eine Frage der Prioritäten

WÄHREND DER KANTON ST. GALLEN DIE STEUERN FÜR UNTERNEHMEN IMMER WEITER SENKT, HABEN EINKOMMENSCHWACHE FAMILIEN, ALLEINERZIEHENDE, KINDER UND JUGENDLICHE DAS NACHSEHEN. MIT DER UNTERNEHMENSSTEUERREFORM III DROHEN NUN ZUSÄTZLICHE STEUERAUSFÄLLE VON 150 MILLIONEN.

Nach insgesamt drei Sparpaketen im Umfang von mehreren hundert Millionen Franken ist der Kanton St. Gallen ausgemergelt. Ursprung der Sparpakete sind massive Steuersenkungen für Reiche und Unternehmen in den vergangenen Jahren. Mit der Unternehmenssteuerreform III würde der kantonale Steuersatz der einfachen Steuer von 3,5 auf 2 Prozent gesenkt. Der geschätzte Ausfall beträgt rund 150 Millionen Franken. Doch damit nicht genug: Die Regierung will die Unternehmen nun auch noch bei den Lohnnebenkosten entlasten, statt gezielt Massnahmen für Familien zu forcieren, wie es die SP des Kantons St. Gallen fordert.

Unternehmen brauchen keine weitere Entlastung

Nicht nur die Unternehmenssteuern sind in den vergangenen Jahren gesunken, auch die Lohnnebenkosten, insbesondere die Beiträge an die Arbeitslosenversicherung und die EO, wurden gesenkt. Geradezu grotesk sind darum die Ideen der Regierung, die Unternehmen weiter zu entlasten. Die Regierung will die grossen Finanzierungssaldi bei den kantonalen Familienausgleichskassen vollumfänglich der Wirtschaft zugute kommen lassen und deren Beiträge senken. Wir sprechen hier von einer Entlastung bis ins Jahr 2040 von rund 100 Millionen. Der St. Galler Regierung scheint jegliches Augenmass abhanden gekommen zu sein.

Es braucht Massnahmen für Familien

Zwei aktuelle Berichte zu Gesetzesrevisionen im Kanton St. Gallen zeigen auf, dass Familien, Alleinerziehende, Kinder und Jugendliche überdurchschnittlich von Armut betroffen sind. Einkommensschwache Familien sind im Kanton St. Gallen schlecht gestellt und leiden unter grossen Belastungen. Die Bekämpfung von Armut ist ein Kraftakt und eine grosse gesellschaftspolitische Herausforderung, umso mehr braucht es eine weitsichtige Strategie zur Problemlösung. Und die Regierung? Sie macht nichts! Im Gegenteil: Bei der aktuellen Revision des Sozialhilfegesetzes schlägt sie die Abschaffung der Mutterschaftsbeiträge vor; sie trieb damit viele alleinerziehende Frauen in die Sozialhilfeabhängigkeit.

Ergänzungsleistungen für Familien

Die Finanzlage der Ausgleichskassen im Kanton entwickelt sich sehr positiv. Zukünftig wird es grosse Finanzierungssaldi geben, da die Einnahmen steigen und die Zulagensumme ungefähr gleich bleibt. Die Regierung möchte die Finanzierungssaldi vollumfänglich der Wirtschaft zugute kommen lassen. Die Reduktion der Beiträge und die damit verbundene Verknappung der finanziellen Mittel für Familien ist völlig unverständlich. Die SP fordert, dass die finanziellen Mittel



Dario Sulzer, Kantonsrat/
Stadtrat, Wil SG

vollumfänglich den Familien in einfachen Verhältnissen zukommen sollen. Die SP will eine bessere Ausstattung der Prämienverbilligung und die Schaffung von Ergänzungsleistungen für Familien.

Wir können uns das leisten

Bisher wurden diese Forderungen immer mit dem Argument abgewürgt, wir könnten uns das nicht leisten. Aufgrund der USR III drohen dem Kanton massive Steuerausfälle. Im gleichen Atemzug wird behauptet, wir hätten kein Geld für Familien. Für mich ist klar: Massnahmen für Familien sind weniger eine Frage der Finanzierung, sondern der Prioritätensetzung und des politischen Willens. Andere Kantonsregierungen haben im Zusammenhang mit der USR III mit den Unternehmen Verbesserungen für Familien ausgehandelt. Tieferen Unternehmenssteuersätzen stehen beispielsweise höhere Kinder- und Ausbildungszulagen gegenüber. Ein Nein zu dieser USR-Vorlage macht den Weg frei für eine sozialverträgliche Lösung.

REFERENDUM ZUSTANDE GEKOMMEN

Das von der SP zusammen mit einem breiten Komitee lancierte Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform III ist zustande gekommen. Die Einreichung bei der Bundeskanzlei findet am 6. Oktober statt. Zur Abstimmung gelangt das Referendum wahrscheinlich schon am 12. Februar 2017.

Einkommensschwache Familien sind im Kanton St. Gallen schlecht gestellt und leiden unter grossen Belastungen.



Für einen demokratiegerechten Journalismus braucht es die SRG ebenso wie möglichst viele voneinander unabhängige Private.

SRG/Oscar Aleasio

The image shows the SRG building in Bern, Switzerland, with a large white text overlay that reads 'Welches Gesicht für die vierte Gewalt?'. The building has 'SRG' logos on its facade. In the foreground, there is a fence with the word 'FERNSEHEN' written on it.

Welches Gesicht für die vierte Gewalt?

DIE DEMOKRATIE BRAUCHT EINE VIELFÄLTIGE MEDIENLANDSCHAFT. DAZU GEHÖRT NEBEN DEN PRIVATEN ANBIETERN AUCH EIN STARKER SERVICE PUBLIC.

Mitte Juni hat der Bundesrat seinen Bericht zur Definition des Service public im Medienbereich veröffentlicht. Dieser bietet die Grundlage für die medienpolitische Diskussion der nächsten Monate und Jahre. Die SP wird in dieser Diskussion präsent sein und sich für einen möglichst breiten Service-public-Begriff einsetzen. Wichtig ist uns auch: Demokratiegerechter Journalismus basiert auf Vielfalt und Qualität. Das heisst, es braucht die SRG ebenso wie möglichst viele voneinander unabhängige «Private». Unser übergeordnetes Ziel sind die Stärkung der Demokratie und der Einbezug aller Menschen in allen Landesregionen.

Forderungen bezüglich SRG

Die SRG soll als eine Medienorganisation abgesichert werden, bei der explizit Journalismus im öffentlichen Interesse im Vordergrund steht. Das wird durch einen Leistungs-

auftrag konkretisiert. Über Trägervereine und den Publikumsrat steht die SRG zudem in einer Austauschbeziehung mit der Gesellschaft. Im Gegensatz dazu verfolgen die übrig gebliebenen kommerziellen Medienkonzerne immer deutlicher Profitmaximierungsstrategien, die auf Kosten des Journalismus gehen. Man hat das Gefühl, dass sich einige dieser Unternehmen Schritt für Schritt vom Journalismus verabschieden. Damit die SRG ihren Service-public-Auftrag auch zukünftig erfüllen kann, braucht sie genügend Ressourcen sowie publizistische und kommerzielle Entwicklungsmöglichkeiten. Gleichzeitig fordern wir das SRG-Management auf, dem Charakter der SRG als öffentliches Non-Profit-Medienunternehmen gerecht zu werden und, wie in der Verfassung festgeschrieben, auf die anderen Medien Rücksicht zu nehmen.

Information der breiten Bevölkerung

Für den Service public ist es wesentlich, dass ein öffentliches unabhängiges Medienhaus dort präsent ist, wo das breite Publikum ist, das heisst in den Kanälen und im Internet. Das ist vor allem zentral, um die junge Generation noch besser zu erreichen. Die Jugendlichen müssen mit adäquaten Angeboten und Kanälen und in ihrer Nutzungslogik (bei ihnen verschmelzen die Sparten Information, Kultur und Unterhaltung zunehmend) erreicht werden. Es ist Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen im Medienbereich so zu gestalten, dass auch die nächste «Polit-Generation» fundiert und unabhängig informiert wird, dass sie in den gesellschaftlichen Diskurs einbezogen wird und zur Teilhabe am demokratischen Meinungsbildungsprozess befähigt wird. Die Information der breiten Bevölkerung ist die Grundaufgabe der SRG, Einschränkungen im Online-Bereich stünden

im Widerspruch dazu und wären nicht zeitgemäss. Service public ohne «public» ergibt keinen Sinn. Ein viersprachiges Land braucht einen föderal aufgestellten Service public, der in den vier Sprachregionen ein Qualitätsangebot sicherstellt – auch wenn das teuer ist. Eine Schwächung des Service public in der Deutschschweiz würde aufgrund des Solidaritätsmechanismus direkt zu einer Schwächung des Service public in der Romandie, im Tessin und in Graubünden führen. Der Ausgleich zwischen Mehrheiten und Minderheiten war, ist und bleibt das Erfolgsrezept einer gut funktionierenden Schweiz.

Gemischte Finanzierung

Die gemischte Finanzierung durch Werbung und Gebühren ist eine zentrale Bedingung für die Unabhängigkeit eines öffentlichen Medienhauses und eben auch Voraussetzung dafür, dass die SRG ihren anspruchsvollen Auftrag erfüllen kann. Die Konkurrenz der Schweizer Medien auf dem Werbemarkt befindet sich im Ausland, sie setzt Milliarden um und heisst Google, Facebook oder Amazon. Die Schweizer Medien brauchen keine internen Streitigkeiten, sondern eine starke Kooperation, damit sie den Internet-Riesen die Stirn bieten können. Wir unterstützen ein Kooperationsmodell zwischen der SRG und Privaten – eine Konkurrenzierung wäre anachronistisch und die Profiteure wären die ausländischen Kanäle und die globalen Anbieter. Dies aber nur unter der Bedingung, dass eine solche Kooperation tatsächlich allen offen steht und auch hier Rücksicht auf kleinere Unternehmen genommen wird.

Die vierte Gewalt ist eine tragende Säule unserer Demokratie. Deshalb braucht die Schweiz eine vielfältige Medienlandschaft, zu der eben auch ein starker Service public gehört.

Edith Graf-Litscher, Nationalrätin SP TG

MEDIENPAPIER DER SP SCHWEIZ

Das 2013 verabschiedete SP-Positionspapier «Für ein demokratiegerechtes Mediensystem» wird Anfang 2017 aktualisiert. Seit 2013 hat sich die schweizerische Medienlandschaft rasch und in vielerlei Hinsicht besorgniserregend entwickelt. Ebenfalls finden intensive medienpolitische Auseinandersetzungen zu journalistischer Qualität und Vielfalt, zur Rolle der SRG oder zu den Möglichkeiten einer direkten Onlinemedienförderung statt. Vor diesem Hintergrund will die SP ihre Positionen zu den aktuellen Fragestellungen klären und weiter konkretisieren.

www.spschweiz.ch/medienpapier

Wachstum im Gesundheitswesen ist per se noch nichts Schlechtes. Doch wenn es primär dem Profit dient und sich einige wenige bedienen, dann ist das zu bekämpfen.

Liberalisierung und Wettbewerb verteuern unser Gesundheitswesen

DAS GESUNDHEITSWESEN WIRD ZUNEHMEND ZUM LUKRATIVEN MARKT. EINE FOLGE DAVON SIND STEIGENDE KRANKENKASSEN-PRÄMIEN. DIE SP FORDERT EINE DEZIDIERTERÜCKKEHR ZU EINER GESUNDHEITSVERSORGUNG, DIE ALS TEIL DES SERVICE PUBLIC BEGRIFFEN WIRD.

Wieder stehen uns happige Krankenkassenprämien-Erhö- hungen bevor. Die Schaffung von Konkurrenz und die Privatisierungen im Spitalwesen erzeugen zusätzliche Kosten, und mit der neuen Spitalfinanzierung ist das Wetttrüsten weiter angeheizt worden. Doch auch im ambulanten Bereich wird die Kostenspirale angetrieben: Privatkliniken, private Investoren und Krankenkassen investieren in Ambulatorien und Gruppenpraxen an kundenfreundlichen Lagen. Selbst öffentliche Spitäler machen da teilweise mit, um sich lukrative Patientinnen und Patienten für Spitaleintritte zu sichern. All diese Aktivitäten haben das Ziel Kundschaft zu rekrutieren, Leistungen auszubauen und damit Gewinne zu generieren. Das Gesundheitswesen wird zunehmend zum lukrativen Markt.

Prämienbelastung senken

Ein Grossteil der Kosten wird mit unseren Krankenkassenprämien berappt, die immer noch über Kopfprämien erhoben werden. Für viele Haushalte ist die Belastung durch die Krankenkassenprämien jenseits des Verkräftbaren. In gewissen Kantonen und gewissen Familienkonstellationen liegt sie sogar über 20 Prozent des verfügbaren Einkommens. Seit der Einführung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) sind die Prämien deutlich stärker gestiegen als die Löhne. Kurzfristig ist es dringend, die Prämienbelastung auf 10 Prozent des

verfügbaren Haushaltseinkommens zu begrenzen. Diese Massnahme ist nötig, um der schleichenden Schwächung des Solidaritätsprinzips im KVG entgegenzuwirken und den Zugang für alle zur Grundversorgung zu gewährleisten. In verschiedenen Kantonalparteien laufen dazu bereits Initiativprojekte, weitere sollen folgen. In den nationalen Räten sind Vorstösse aufgegleist.

Teil des Service public

Wachstum an und für sich ist nicht negativ, denn schliesslich wächst die Bevölkerung und wird zunehmend älter. Gleichzeitig wünschen wir uns aber ein qualitativ gutes Gesundheitswesen, das sich weiterentwickelt. Auch Gruppenpraxen sind grundsätzlich gut, denn sie ermöglichen den Ärztinnen und Ärzten, Beruf und Familie besser zu vereinbaren, und erhalten in ländlichen Gebieten eine gute Grundversorgung. Doch wenn Wachstum primär den Profiten dient und sich einige wenige bedienen, dann ist das zu bekämpfen. Die SP Schweiz fordert eine Rückkehr zu einer Gesundheitspolitik, die als Teil des Service public begriffen wird. Die zunehmende Privatisierung im Gesundheitsbereich hat fast ausschliesslich negative Folgen, wie die Recherchen der Ökonomin Anna Sax aufzeigen, die einem neuen Arbeitspapier des Präsidiums der SP Schweiz zugrunde liegen. Der Staat muss wieder klarer seine Verantwortung wahrnehmen und die Gesundheitsversorgung



Barbara Gysi, Nationalrätin SG, Vizepräsidentin SP Schweiz

besser steuern. Sei es über national definierte Kriterien für die Aufnahme von Spitalern auf die kantonalen Spitallisten, sei es mit Modellen, die die Mengenausweitung bremsen.

Vorbild Waadt

Als positives Beispiel sehen wir den Kanton Waadt, wo SP-Gesundheitsdirektor Pierre-Yves Maillard mit Globalbudgets und Mengensteuerung die Kosten gut in den Griff bekommen hat. Natürlich sind Mengenvorgaben im Gesundheitswesen eine heikle Sache, denn niemandem soll eine notwendige Behandlung vorenthalten werden, doch soll es ebenso keine Anreize geben, zu viele Behandlungen durchzuführen, um die «Gewinne» zu steigern. Im stationären Bereich ist die Steuerung besser möglich, weil die Kantone eine aktivere Rolle haben und mitfinanzieren. Im ambulanten Sektor ist dies wesentlich schwieriger, doch auch dort fordern wir eine aktivere Steuerung durch die öffentliche Hand.

Der Bund soll die Kriterien zur Aufnahme in die kantonalen Spitalisten formulieren. Wir fordern, dass aus Leistungen in der Grundversicherung keine Profite gemacht werden dürfen. Die Grundversicherungsleistungen müssen als Service public und nicht gewinnorientiert funktionieren. Allfällige Ertragsüberschüsse müssen reinvestiert werden. Eine weitere Forderung ist die Mitbestimmung und Demokratisierung auch im Gesundheitswesen, und zwar für die Mitarbeitenden wie für die Patientinnen und Patienten.

Das Arbeitspapier des Präsidiums und das Dossier der Medienkonferenz finden sich unter www.spschweiz.ch/arbeitspapier_gesundheit

Denk
netzréseau de réflexion
pensieri in rete
think network

Weltweite Niederlassungsfreiheit?

GIBT ES AUS LINKER SICHT EINE VERNÜNFTIGE BEGRÜNDUNG FÜR EINE BEGRENZUNG VON EINWANDERUNG? WÄRE DIE GLOBALE NIEDERLASSUNGSFREIHEIT NICHT EIN FREIHEITSRECHT, DAS SICH DIE LINKE EBENSO VEHEMENT AUF IHRE FAHNEN SCHREIBEN SOLLTE, WIE DIES DIE NEOLIBERALE RECHTE MIT DEN KAPITALFREIHEITEN TUT? SOLCHE UND ANDERE FRAGEN WERDEN IM NEUEN DENKNETZ-JAHRBUCH DISKUTIERT.

Viele der versammelten Jahrbuch-Beiträge fordern eine globale Niederlassungsfreiheit mit gleichen sozialen Rechten zumindest als Fernziel. Globale Niederlassungsfreiheit sei eng mit der Universalität der Menschenrechte verknüpft. Es gibt demnach keinen haltbaren Grund, den einen Menschen den Zugang zu einem Leben in Würde zu verweigern, während andere diesen Zugang wegen ihrer privilegierten Geburt in einem reichen Land (und womöglich noch in einem reichen Elternhaus) quasi geschenkt bekommen. Gerade die enorme globale Ungleichverteilung des Reichtums allerdings ist offenkundig

auch ein zentrales Hindernis für die Freiheit, sich global am Ort der Wahl niederzulassen. Und gerade deshalb, so die Argumentation, müsse mit Nachdruck daran gearbeitet werden, den Menschen in allen Weltregionen annehmbare Lebensperspektiven zu eröffnen. Gleichheit und Freiheit gehören eben unlösbar zusammen – darin besteht ja der eigentliche Kern linker Politik. Das Ziel einer globalen Niederlassungsfreiheit müsse deshalb die Kompassnadel fortschrittlicher Migrationspolitik sein und bleiben.

Doch so einleuchtend die Forderung nach einer globalen Niederlassungsfreiheit erscheint: Mit Blick auf ihre Umsetzung ist sie es nicht. Sie wirft Fragen auf, die im Denknetz-Jahrbuch kontrovers diskutiert werden. Inwiefern etwa ist es sinnvoll und legitim, sich auf dem Weg zu offenen Grenzen auf Übergangsschritte zu konzentrieren, die naturgemäss neue Regulierungen und Grenzziehungen produzieren? Wenn ja, wie könnten diese Übergangsschritte aussehen? Etwa so, dass wir in der Schweiz die Personenfrei-

zügigkeit mit der EU verteidigen? Oder eine Ausweitung auf alle Länder fordern, sie aber an die Verfügbarkeit von Erwerbsarbeit oder anderen Erwerbsquellen koppeln? Weiter: Wie gelingt es, Flüchtende und MigrantInnen als handelnde Subjekte zu respektieren und nicht nur als Objekte der Migrationspolitik? Was bedeutet, wie gelingt Integration von MigrantInnen in einer Weise, in der sie wiederum als Subjekte vorkommen? Und wie gelingt es, durch Migration ermöglichtes Lohndumping wirksam zu verhindern?

Es ist offensichtlich: Die Linke ist im Bereich Migrationspolitik gefordert. Das Denknetz-Jahrbuch will mit Analysen, Materialien und Diskussionsanstössen dazu beitragen, dass wir uns dieser Herausforderung kompetent stellen können.

Buch-Vernissage

Dienstag, 15. November 2016, 19 Uhr, in der Autonomen Schule Zürich, Sihlquai 125.

Mit den Denknetz-Jahrbuch-AutorInnen Susanne Bachmann, Hochschule für Soziale Arbeit FHNW, Hatim Baloch, Geflüchteter aus Pakistan, Matthias Hui, Redaktor der Zeitschrift «Neue Wege» und Mitarbeiter humanrights.ch. Moderation: Marina Richter, Universität Fribourg. Eintritt frei.



Denknetz-Jahrbuch 2016: Migration ohne Grenzen

Mit Beiträgen von Susanne Bachmann, Hatim Baloch, Hans Baumann, Fitzgerald Crain, Ruth Gurny, Anne

Gurzeler, Sebastian Friedrich, Marina Frigerio, Fabian Georgi, Roland Herzog, Sophie Hodel, Matthias Hui, Bernd Kasparek, Vasco Pedrina, Marika Pierdicca, Marina Richter, Beat Ringger, Johan Rochel, Holger Schatz, Sarah Schilliger, Simon Sontowski, Ueli Tecklenburg und Adrian Zimmermann.

224 Seiten, Verlag edition8, Fr. 25.–
Erhältlich ab Mitte Oktober.

Denknetz-Mitglieder erhalten das Jahrbuch kostenlos nach Hause geschickt. Ein Grund, jetzt Mitglied zu werden. Mehr auf www.denknetz.ch

GROSSER KONGRESS: RECLAIM DEMOCRACY VOM 2. BIS 4. FEBRUAR 2017 AN DER UNI BASEL

Vier Plenarveranstaltungen und vierzig Ateliers zur Frage, wie Demokratie wieder stark gemacht werden kann. U. a. mit Gurminder Bhambra, Alberto Acosta, Jodi Dean, Srećko Horvat, Ulrich Brand, Christa Wichterich, Bettina Dytrich, Elisio Macamo, Birgit Sauer, Naomi Michel, Avji Simorglu, Sonja Buckel, Cédric Wermuth, Spyros Marchetos, Bilgin Ayata, Sarah Schilliger, Urs Marti, Franco Cavalli, Alex Demirović, Romain Felli, Wolfgang Schröder, Lukas Peter, Nenad Stojanovic, Katharina Prelicz-Huber und vielen mehr.

Organisiert vom Denknetz in Kooperation mit dem Seminar für Soziologie der Uni Basel und weiteren 25 Organisationen und Bewegungen. Jetzt online Tickets sichern unter www.reclaim-democracy.org

Wir kaufen unseren Boden zurück!

BAUEN AUF GUT ERSCHLOSSENEN FLÄCHEN IN DER REGION BERN WURDE IN DER VERGANGENHEIT VON DER BEVÖLKERUNG OFT ABGELEHNT. DIES FÜHRTE ZU WOHNUNGSKNAPPHEIT, FEHLENDEM GEWERBERAUM UND ZU DEN MITTLERWEILE LÄNGSTEN PENDLERWEGEN IN DER GANZEN SCHWEIZ. WIE KAM ES DAZU UND WAS KÖNNEN WIR ALS SP GEGEN STEIGENDE MIETEN UND ZUNEHMENDEN PENDLERVERKEHR UNTERNEHMEN?

Bis Ende der 80er-Jahre hatte die Spekulation der profitorientierten Unternehmen und GrundeigentümerInnen auf dem Immobilienmarkt stark zugenommen. Mit dem Platzen der Immobilienblase wurde das Vertrauen der Bevölkerung in die Bauwirtschaft nachhaltig zerstört. Während in den 80er-Jahren noch rege Bauland eingezont wurde, lehnte die Bevölkerung dies danach zunehmend ab. Zum Teil wurde auch bereits eingezontes Land nicht überbaut, wie z.B. das Morillongut in Wabern.

Die Denkpause war nötig, um ein neues Bauverständnis zu entwickeln. Unterdessen wurden aber die Pendlerwege länger, da die Wohnungsknappheit in Zentrumsnähe in peripheren Dörfern kompensiert wurde. Die steigende Wohnungsnot in der Kernagglomeration und die starke Zunahme von volkswirtschaftlich teuren Einfamilienhaus-siedlungen in der Peripherie müssen im Zusammenhang mit den fehlenden Stadterweiterungen gesehen werden.

Der grandiose Abstimmungserfolg der Wohn-Initiative der SP in der Stadt Bern zeigt, wie das Vertrauen der Bevölkerung in Neubauprojekte zurückgewonnen werden kann. Beispielsweise indem Land für Genossenschaften reserviert wird. Die Zustimmung der Bevölkerung zur Teilüberbauung des Viererfeldes wäre ohne Garantie für spekulationsfreies Wohnen nicht denkbar gewesen. Die Wohninitiative setzt bei der Raumplanung an, hat jedoch keine direkten Auswirkungen auf den Immobilienbestand. Dort sind die Eigentumsverhältnisse entscheidend. So scheitert innere Verdichtung häufig an den komplexen Besitzstrukturen. Wenn Wohnungen saniert werden, nutzen die EigentümerInnen die Wohnungsknappheit aus und erhöhen die Mieten so weit als möglich. Und beliebte Orte, die nicht genügend Rendite erzielen, geraten unter Druck und werden aufgegeben. Die Markthalle war das beste Beispiel dafür.

Die entscheidende Frage ist und bleibt: Wem gehört es? Durch den



Fabian Bauer,
Co-Präsident SP Bern Süd

Innere Verdichtung scheitert häufig an den komplexen Besitzstrukturen.

Kauf von Boden und Immobilien durch die öffentliche Hand kann die Wohn-Initiative ideal ergänzt werden. Die Bedürfnisse der Bevölkerung können in die Politik eingebracht und konkret umgesetzt werden. Damit erhöhen wir den Handlungsspielraum der Politik angesichts der bestehenden Abhängigkeit vom privaten Grundbesitz. Der Zeitpunkt für eine intensive aktive Bodenpolitik ist günstig. Gemeinden, Kantone und der Bund erhalten aktuell Kredite häufig zu Negativzinsen.

Die Gemeinde Köniz hat es vorgemacht. Der Rahmenkredit für den Erwerb von Liegenschaften wurde im Februar 2016 um 25 Millionen aufgestockt. Die Zustimmung beim Urnengang betrug über 67 Prozent. Das Anliegen ist nicht nur sinnvoll, sondern wie die Wohninitiative äusserst populär. Insbesondere Areale von grossem öffentlichen Interesse, wie das Gaswerkareal in der Stadt Bern, müssen zwingend gekauft werden, um sie für alle statt für wenige zu entwickeln.



Ein gelungenes, neues Konzept der Behindertenhilfe

DAS KONZEPT DER BEHINDERTENHILFE DER BEIDEN BASEL WURDE IN ENGER ZUSAMMENARBEIT DER KANTONE ERSTELLT. AUCH WENN ES ZWISCHEN LIESTAL UND BASEL UNTERSCHIEDE IN DER KONKRETEN AUSARBEITUNG DES KONZEPTS GIBT, IST DIE VERABSCHIEDUNG IN BEIDEN KANTONEN EIN ERFOLG FÜR DIE SOZIALDEMOKRATIE.

Das Konzept der Behindertenhilfe der Kantone Basel-Stadt und Basel-Land existiert bereits seit 2009 und wurde im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der damit einhergehenden Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen notwendig. Die Behindertenhilfe ist heute eine staatliche, kantonale Aufgabe.

Bedarfsgerechtes Leistungsangebot

Die Kantone haben ein für behinderte Personen erreichbares und bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu gewährleisten. Diese Leistungen sollen eine soziale Teilhabe ermöglichen. Das 2016 von den Kantonsparlamenten* verabschiedete Behindertenhilfegesetz bietet für diese Aufgabe den gesetzlichen Rahmen.

Das Konzept orientiert sich konsequent am individuellen Bedarf der behinderten Menschen und an den Grundsätzen der UNO-Behindertenrechtskonvention. Da die einzelnen Menschen, ihre Behinderungen und der Bedarf an Leistungen sehr unterschiedlich sind, kommt der Ermittlung des Betreuungsbedarfs



Roland Brunner, Landrat



Pascal Pfister, Grossrat

*Weil die Beratung der Vorlage im Landrat erst am 28. September abgeschlossen wird, ist es immer noch möglich, wengleich nicht wahrscheinlich, dass dank einem SP-Antrag auch im Baselland die Basler Lösung realisiert wird.

eine zentrale Rolle zu. Die Behinderten wirken dabei so gut wie möglich mit. Dazu betreiben die Kantone eine gemeinsame Abklärungsstelle.

Aufgrund des Bedarfs werden die Leistungen bestimmt, die eine behinderte Person zugute hat. Der Wechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung bringt dabei eine erhöhte Wahlfreiheit und Selbstbestimmung für die Behinderten mit sich.

Neue Steuerungsmöglichkeiten

Die Kantone bekommen mit dem neuen Gesetz aber auch verschiedene Steuerungsmöglichkeiten, um Leistungen und Kosten zu steuern. So werden Institutionen und Leistungen vergleichbar. Ein Ziel der Regierungen ist es denn auch, die Kosten steuern zu können und den ambulanten Bereich zu fördern.

Kantonale Unterschiede

Obwohl das Konzept und das Gesetz gemeinsam erarbeitet wurden, gibt es wegen der unabhängigen Kommissionsarbeit in beiden Kantonen marginale Unterschiede. Zwar

standen die Kommissionen in regelmässigem Austausch, doch sind die Mehrheitsverhältnisse recht unterschiedlich; während in Basel-Stadt eine rot-grüne Regierungsmehrheit und eine knappe bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat herrschen, ist Baselland in beiden Räten bürgerlich dominiert.

Der gewichtigste Unterschied betrifft die Leistungserbringung durch Familienangehörige. In Basel-Stadt kann der Regierungsrat Angehörige, welche Personen mit einer Behinderung zu Hause betreuen, auch als Leistungserbringer definieren. Die Angehörigen können so ein Entgelt bekommen für ihre betreuenden Leistungen, die sie zu Hause leisten. Dies ist mit dem basellandschaftlichen Gesetzesentwurf nicht möglich.*

Alles in allem nehmen wir mit dem Behindertenhilfegesetz eine Vorreiterrolle in der Schweiz ein und erhalten ein modernes Gesetzesmodell, das die Anliegen und den Bedarf der Behinderten ins Zentrum stellt und daneben den Kantonen eine Steuerungsmöglichkeit lässt.

Steuern senken schadet der Wirtschaft

VON BÜRGERLICHEN WIRTSCHAFTSPOLITIKER_INNEN HÖRT MAN OFT, SIE WÜSSTEN NOCH, DASS DAS GELD ZUERST VERDIENT WERDEN MÜSSE. SIE MEINEN DAMIT, DASS UNSERE GESELLSCHAFT ABHÄNGIG SEI VON EINER PROSPERIERENDEN WIRTSCHAFT, DAMIT WIR UNS SCHULEN ODER DEN SOZIALSTAAT LEISTEN KÖNNEN. SPÄTESTENS SEIT DER FINANZKRISE ZEIGT SICH: ES IST GENAU UMGEKEHRT.

Cédric Wermuth von Zofingen ist SP-Nationalrat und Co-Präsident der SP Aargau.



Eine stabile Wirtschaftsentwicklung mit guten Arbeitsplätzen ist die Folge einer langfristigen Investitionspolitik in die gesellschaftliche Infrastruktur. Hier spielt der Staat eine zentrale Rolle. Diesem Staat aber gelten auch die neusten Angriffe der bürgerlichen Parteien in Bern und Aarau. So sollen die multinationalen Konzerne mit der Unternehmenssteuerreform III so entlastet werden, dass Bund und Kantone 2,5 Milliarden entgehen könnten. Dies in einer Situation, in der die Gewinne der grossen Unternehmen nach wie vor explodieren, während die öffentliche Hand Defizite schreibt.

Tiefe Steuern ökonomisch nicht gerechtfertigt

Steuern senken ist wirtschaftspolitisch falsch. Helmut Schmidt hat einmal gesagt, die Gewinne von heute seien die Investitionen von morgen und damit die Arbeitsplätze von übermorgen. Auf diese Logik berufen sich die Bürgerlichen bei ihren Steuergeschenken regelmässig. Was aber für die 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts galt, stimmt heute nicht mehr. Die tiefen Steuern sind zu einem wirtschaftspolitischen Problem geworden. Erstens sorgen sie für Defizite in den Kantonen. Diese schnüren dann Abbaupakete wie der Aargau und schwächen damit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Zweitens explodieren seit Jahren die Gewinne im Unternehmenssektor – dessen Gesamtgewinne haben sich seit 2002 mehr als verdoppelt.

Wo investieren?

Unternehmen mit zu viel Gewinn erfüllen aber einen zentralen volkswirtschaftlichen Auftrag nicht mehr: Geld aufnehmen für Investitionen, anders formuliert: Schulden machen. Das klingt vielleicht paradox, aber der Kapitalismus beruht darauf, dass einer Schulden machen muss. Geschieht das nicht, kann auf der anderen Seite der Bilanz kein Vermögen entstehen. Können die Unternehmen ihre Investitionen aus dem eigenen Sack finanzieren und nehmen kein Kapital mehr auf, hat das zum Beispiel zur Folge, dass die Pensionskassen keine rentablen Anlagen mehr finden. Das sehen wir mit den sinkenden Umwandlungssätzen. Drittens sind übermässige Gewinne der Grund für Finanzkrisen: Weil sich das viele Kapital nicht mehr gewinnbringend in der Realwirtschaft anlegen lässt, weicht man auf spekulative Geschäfte in der Finanzbranche aus.

SP für starke öffentliche Hand und Privatwirtschaft

Zu tiefe Unternehmenssteuern wie in der Schweiz sind also nicht nur fiskalpolitisch falsch, sondern wirtschaftspolitisch gefährlich. Die SP Aargau setzt deshalb auf eine starke öffentliche Hand, die bewusste Impulse für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung gibt. Der Aargau hat eine lange industrielle Tradition. Wollen wir, dass sich die aktuellen Herausforderungen vom starken Franken bis zur Digitalisierung als Chance für alle erweisen, geht das nicht anders als mit einem starken Wirtschaftsstaat. Niemand sonst kann die nötigen Anpassungen in Bildung, Arbeitswelt und Industrie leisten. Auch deshalb gilt: Starker Wirtschaftsstandort, sichere Arbeitsplätze – Nur mit uns!



KOMMENTAR



Bezahlbare Krankenkassen gibt es nur mit uns!



Am 21. April 2016 reichte die SP Aargau ihre Initiative «Bezahlbare Krankenkassenprämien für alle» mit über 3200 Unterschriften ein. Wie der Titel der Initiative lautet auch einer der fünf Wahlkampflogos für die Grossratswahlen. Nicht ohne Grund, das Thema ist ein Dauerbrenner. Jahr für Jahr steigen die Krankenkassenprämien, viel schneller als die Löhne oder die Prämienverbilligungen. Das ist ein Problem für viele Haushalte und Familien. Als Unterstützungsmassnahme sollte in diesen Fällen die Prämienverbilligung von Kanton und Bund aushelfen. Leider sieht die Realität anders aus. Die bürgerliche Abbaupolitik im Grossen Rat hat in den letzten Jahren auch bei den Prämienverbilligungen gewirkt:

Der Einkommenssatz wurde in den letzten 10 Jahren von 9 auf 11,5 Prozent erhöht und die Richtprämie blieb ohne Anpassung an die effektive Prämienentwicklung. Heute erhält nur Prämienverbilligungen, wer mindestens 11,5 Prozent vom massgebenden Einkommen für die Krankenkassenprämien ausgibt, und die für die Berechnung benutzte Richtprämie liegt weit unter den aktuellen tatsächlichen Prämien. Diese Entwicklung ist gefährlich und für Familien belastend. Die einzige Antwort dazu ist unsere Initiative: Sie sorgt dafür, dass wer mehr als 10 Prozent von seinem Haushaltseinkommen für Krankenkassenprämien ausgibt, Verbilligungen erhält und dass als Berechnungsgrundlage mindestens 85 Prozent der Durchschnittsprämien dient.

Sascha Antenen von Zofingen ist SP-Einwohnerat und politischer Sekretär der SP Aargau. Er kandidiert im Herbst für den Grossen Rat.

Sechs Vorschläge für eine neue Car-Lösung

DIE SP STADT LUZERN SCHLÄGT IN EINEM VORSTOSS KONKRETE LÖSUNGEN FÜR DIE CAR-PROBLEMATIK VOR: LÖSUNGEN OHNE DAS UMSTRITTENE PROJEKT «PARKHAUS MUSEGG», DEN INSELI-PARKPLATZ UND DIE DREI ANHALTEPLÄTZE BEIM SCHWANENPLATZ. DER STADTRAT IST NUN GEFORDERT, DIE VORSCHLÄGE ZU PRÜFEN.

1. Erweiterung Parkhaus Altstadt

Das Parkhaus Altstadt, an welchem die Stadt Luzern beteiligt ist, soll in den bodennahen Geschossen baulich um Carparkplätze erweitert werden. Die damit einhergehende Reduktion von Autoparkplätzen ist vertretbar, weil das Parkhaus nur zu ganz wenigen Spitzenzeiten ausgebucht ist.



Mario Stübi,
SP-Grossstadtrat

2. Neue Carparkplätze im Weyquartier

An Weystrasse, Hofstrasse und Friedenstrasse könnten anstelle von Autoparkplätzen solche für Cars geschaffen werden, was den nahen Carparkplatz Löwenplatz, der regelmässig an seine Kapazitätsgrenzen stösst, entlasten würde. An den genannten Strassenabschnitten ist keine Passantenlage vorhanden, es gibt kaum Erdgeschossnutzungen und der Verlust von Autoparkplätzen erfolgte in einem Gebiet mit mehreren nicht ausgelasteten Parkhäusern.

3. Autoparkplätze auf der Allmend teilweise umnutzen

Je nach Anspruch an die Kapazität liessen sich auf der Allmend Parkiermöglichkeiten für Cars realisieren. Die Nähe zur Autobahn sowie die gute Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr gewährleisten, dass die Reisenden rasch ins Zentrum und wieder zurückkommen.

4. Mattenhof II temporär als Carparkplatz nutzen

Hier zeigt sich die gleiche Ausgangslage wie auf der Allmend, jedoch ist das Einverständnis der neuen Grundstücksbesitzer sowie der Gemeinde Kriens notwendig.

5. Rösslimatt temporär als Carparkplatz nutzen

Solange die Grundstücksbesitzerin SBB ihr für die Rösslimatt geplantes Bauprojekt nicht realisieren kann, könnten Teile des Areals für die Parkierung von Reisebussen genutzt

werden. Durch den nahen Carparkplatz Landenberg ist das Areal vielen Chauffeuren bereits bekannt.

6. Neue Carparkplätze im Lochhof

Die heute ungenutzte Fläche oberhalb der nördlichen Einfahrt des Autobahntunnels Reussport könnte bei Kapazitätsengpässen des Parkiersystems herangezogen werden. Sie liegt an der Autobahn und verfügt über eine Ein- und Ausfahrt in beide Richtungen, weshalb bis auf Signalisationsänderungen kaum bauliche Massnahmen notwendig wären. Eine Haltestelle des Bus Nr. 19 ist ebenfalls vorhanden.

Für alle Vorschläge gilt: Überall sind die sozialräumlichen Folgen fürs Quartier zu beachten und Widerstände aus der Bevölkerung ernst zu nehmen.



Wohin mit all den Reisebussen, welche die Touristenhochburg Luzern ansteuern? Die SP hat Vorschläge dazu entwickelt.

Besorgniserregende Lage in der Osttürkei

SEIT DEM PUTSCHVERSUCH HAT SICH DIE SITUATION IM OSTEN DER TÜRKIE VERSCHLECHTERT. DIE WIEDERAUFNAHME DES FRIEDENS-DIALOGS IST IN WEITE FERNE GERÜCKT.

Seit dem misslungenen Militärputsch im Juli treffen fast täglich Nachrichten über Repressionen in der Türkei ein. Für die Kurdinnen und Kurden ist dies bereits seit über einem Jahr Alltag. Nachdem die prokurdische Partei der Völker HDP im Juni 2015 in das türkische Parlament eingezogen war, brach Präsident Erdogan die laufenden Friedensverhandlungen ab und verhängte in verschiedenen Städten im Kurdengebiet den Ausnahmezustand. Die Repressionen in verschiedenster Form halten bis heute an.

Darüber wollten wir, eine Delegation von Politikerinnen und Politikern, uns vor Ort orientieren lassen und reisten darum im Juni 2016 nach Diyarbakir. Vonseiten der SP mit dabei waren neben mir Laurence Fehlmann Rielle und Mustafa Atici. Wir besuchten zehn zivilgesellschaftliche Organisationen und Behörden. Egal, wo wir waren, sagte man uns, Ankara verweigere jeden Dialog für politische Lösungen. Und wir hörten immer die gleiche Aufforderung an den Westen, nämlich hinzuschauen, weil hier eine Kultur und die gelebte pluralistische Gesellschaftsform systematisch vernichtet würden.

Enteignungen und Blockaden

Auf der Fahrt vom Flughafen in die Stadt Diyarbakir fallen die modernen Hochhäuser auf. Die Ansiedelung nichtkurdischer Menschen ist ein Teil des Programms der Regierung. Die alte Stadtmauer der Innenstadt gehört zusammen mit den Hevsel-Gärten am Tigris seit 2015 zum Unesco-Weltkulturerbe. Die verwinkelte Altstadt, die hauptsächlich von Kurden bewohnt wird, soll abergerissen und mit neuen Bauten «modernisiert» werden. Seit dem Frühling 2016 haben Tausende Bewohnerinnen und Bewohner eine Enteignungsverfügung erhalten. Wer Beschwerde einlegt, macht sich als Staatsfeind verdächtig. Rund tausend Personen, die es trotzdem gewagt haben, werden von der Meso-

potamischen Anwaltskammer vertreten. Denn auch das Oberbürgermeister-Co-Präsidium des Distrikts Diyarbakir kann nichts dagegen tun. Im Gegenteil, Ankara arbeitet systematisch gegen die Regionalregierung: Ganze Stadtteile sind immer noch gesperrt und soeben wurde die Zuteilung von Steuergeldern massiv gekürzt. Jeder Dialog über Differenzen oder reale Probleme wird verweigert. Ein Gang durch die Innenstadt zeigt die allgegenwärtige Präsenz der Sonderpolizei. Die wieder zugänglichen Quartiere sind kaum belebt. An den Fassaden und Rollläden zeugen Einschusslöcher von der Gewalt im letzten Jahr. Blockaden aus Beton riegeln einzelne Quartiere vollständig ab. Vom Dach eines zerstörten Hauses aus konnten wir die Lücken sehen, die die Bulldozer bereits ins Quartier gerissen haben. Gemäss Satellitenaufnahmen wurden bereits 1258 Häuser und 33 Kulturdenkmäler zerstört.

Repression und Schikane

Bis Juni 2016 wurden in den Kurdengebieten 52 demokratisch gewählte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister verhaftet oder des Amtes enthoben. Alle wurden ersetzt durch regierungstreue Statthalter. Die Anwaltskammer dokumentiert die Fälle. Repression gibt es auch gegen die nationalen Abgeordneten: 51 Parlamentarierinnen und Parlamentariern der HDP wurde die Immunität entzogen. Eine Betroffene erklärte uns, ihre Anklageschrift enthalte 11 Punkte. Ein Vertreter des Menschenrechtsvereins legte uns die Liste mit 600 Namen von getöteten Zivilistinnen und Zivilisten vor. Die Organisation Rojava verteilte ursprünglich Hilfsgüter an die Vertriebenen aus Syrien und Nordirak, mittlerweile versorgt sie aber vor allem die 400 000 aus den kurdischen Städten vertriebenen Binnenflüchtlinge. Sie wird in ihrer Tätigkeit schikaniert; so werden etwa Lastwagen blockiert oder bei Kontrollen



Zerstörtes Haus in der Altstadt Sur in Diyarbakir.



Claudia Friedl,
Nationalrätin SG

Behälter aufgeschlitzt. Anfang Juni 2016 wurden Rojava sämtliche Spendenkonten gesperrt. Sie unterstützt auch das Flüchtlingslager Fidanlik, wo heute rund 1500 Yesidinnen und Yesiden aus Syrien und Irak leben. Auch sie bestätigen, dass sie nur dank der Unterstützung von ausländischen Spenden und der Lokalregierung von Diyarbakir überleben.

Das Fazit ist erschütternd: Durch Repression wird hier eine Kultur systematisch zerstört und eine Eskalation riskiert. Die Wiederaufnahme des Friedensdialogs ist wichtiger denn je – aber seit Juli 2015 wohl in weite Ferne gerückt. Trotzdem, die Schweiz muss ihre diplomatischen Dienste wo immer möglich anbieten und einsetzen.

Roth und röter

IHR HUNDERTJÄHRIGES BESTEHEN FEIERT DIE SP ARBON MIT EINER CHRONIK

«Wie wollen wir einem so besonderen Anlass gerecht werden?» – so lautete vor gut einem Jahr die Frage für die dreiköpfige Planungsgruppe der SP Arbon mit Claudius Graf-Schelling, Bernhard Bertelmann und Sabine Schifferdecker. Nach verschiedenen Überlegungen war klar: Die ereignisreichen vergangenen hundert Jahre verlangten nach einer Chronik – eingebettet in die Geschichte der SP Thurgau (Gründung 1906) und der SP Schweiz (Gründung 1888), verknüpft mit der politischen und wirtschaftlichen Lage in Arbon, Europa und der Welt.

Anfang 20. Jahrhundert: Zahlreiche Vereinigungen

Unsere Recherchen begannen im Staatsarchiv, wo wir alte Protokollbücher und zahlreiche Fotografien vorfanden. In der Kantonalbibliothek vertieften wir uns in die Arbeiterzeitung, wo wir auf Berichte aus den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts über zahlreiche Vereinigungen stiessen, die sich alle für ähnliche Ziele und Anliegen einsetzten: die Arbeiterunion, den Grütliverein, den internationalen Arbeiterverein,

die sozialdemokratische Mitgliedschaft sowie gewerkschaftliche Vereinigungen. Nur zu gut konnten wir nachvollziehen, dass damals die Forderungen nach einer Parteeinheit immer lauter wurden.

1916: Die Gründung

Im Jahr 1913 fusionierte in Arbon der internationale Arbeiterverein mit der sozialdemokratischen Mitgliedschaft. Eine wichtige Rolle beim darauf folgenden Bestreben nach einer Parteeinheit spielte die Erarbeitung eines Parteistatus, dem alle, die sich schliesslich zur Sozialdemokratischen Partei zusammenschlossen, auch zustimmen konnten. Kein Wunder, dauerte es mehrere Jahre, bis dies gelang. Nachdem im Mai 1916 die lokale Sektion des Grütlivereins der vollständigen organisatorischen Einheit mit der Sozialdemokratischen Partei zugestimmt hatte, im Juni die Arbeiterunion und auch der sozialdemokratische Frauen- und Töchterverein folgten, war es am 8. Juli 1916 so weit: Die Statuten wurden genehmigt und die Sozialdemokratische Partei Arbon gegründet.



Das Buch «Roth und Röter» mit 136 Seiten und 104 Abbildungen sowie einer Übersicht über die Arboner MandatsträgerInnen, herausgegeben von der Sozialdemokratischen Partei Arbon, kann über den Buchhandel (ISBN 978-3-033-05588-9) oder für 29.– direkt bei bernhard.bertelmann@bluewin.ch bezogen werden.

Doch wir waren überzeugt: Es gibt noch vieles mehr aus diesen ereignisreichen Zeiten, in denen sich Arbon zur Industriestadt entwickelte, zu sehen und zu erfahren. Und so suchten wir weiter, nach Dokumenten, Zeitungen, Postkarten, Fotografien, Zeitzeugnissen und Erinnerungen. Dabei konnten wir auf die Unterstützung etlicher Personen zählen, die uns grosszügig und gerne ihr persönlich gesammeltes Material zur Verfügung stellten.

Das «rote Arbon»

So entstand eine Chronik, die trotz ihrer Fülle keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt – und dennoch einen Überblick gewährt, wie Frauen und Männer mit sozialdemokratischer Gesinnung die Geschichte Arbons mitgestaltet und für ein menschenwürdigeres Leben der Arbeiterinnen und Arbeiter gekämpft haben. Einer von ihnen war August Roth, der 1928 Ortsvorsteher und Nationalrat wurde, später auch erstes Mitglied der SP in der Thurgauer Regierung. Das «rote Arbon» (1925–1957) wurde von ihm entscheidend mitgeprägt.

Am Jubiläumsfest vom 2. Juli 2016 stellten wir das Buch mit kurzen Lesungen den Mitgliedern und den zahlreich erschienenen Gästen vor. Mit einem vielseitigen Festprogramm feierten wir das 100-jährige Bestehen der SP Arbon. Die Festrede hielt der Historiker Stefan Keller. Grussworte wurden von Barbara Gysi (SP Schweiz), Barbara Kern (SP Thurgau), Stadtparlamentspräsident Jacob Auer, Herbert Tomasi (SPD Langenargen) und Fredi Alder (Sozialistische Bodensee-Internationale) überbracht. Kabarettist Thomas Götz moderierte mit humorvollen Einlagen, und die Tessiner Künstlerin La Lupa bewies einmal mehr ihre ausdrucksstarke Bühnenpräsenz.

Sabine Schifferdecker,
Vorstandsmitglied SP Arbon



Bernhard Bertelmann, Sabine Schifferdecker und Claudius Graf-Schelling stellen das Buch «ROTH UND RÖTER» der Presse vor.

Mitglieder gewinnen und pflegen



AM PARTEITAG VOM DEZEMBER SOLL DIE MITGLIEDERENTWICKLUNG ZU EINER Kernaufgabe gemacht werden. Das reicht aber noch nicht: Entscheidend ist der persönliche Kontakt.

Die SP lebt durch ihre Mitglieder. Jedes einzelne Mitglied stärkt und gestaltet die Partei. Sinkende Mitgliederzahlen sind deshalb eine existentielle Gefahr: schwindende Verankerung in der Gesellschaft, erlahmende Mobilisierungskraft, versiegender finanzielle Mittel – keine SP. Dass die Zahl der Mitglieder laufend zurückgeht, ist aber kein Naturgesetz: 2015 hatten wir erstmals seit zwanzig Jahren wieder ein Wachstum von knapp einem Prozent, und auch im aktuellen Jahr verläuft die Entwicklung positiv.

Wir sind überzeugt, dass wir die Mitgliederentwicklung wieder zu einer unserer Kernaufgaben machen müssen. Dazu

gehört nicht nur die Anwerbung neuer, sondern genauso die Einbindung der bisherigen Mitglieder.

Persönlich Kontakt aufnehmen

Einen ersten Schritt in diese Richtung haben wir bereits gemacht: Seit Anfang 2016 ist auf dem Zentralsekretariat eine Person für die Mitgliederbetreuung zuständig – zwar nur zu wenigen Stellenprozenten, aber immerhin. Einen zweiten Schritt wollen wir am Parteitag machen: Die Mitgliederentwicklung soll fest in den Statuten verankert werden. Die Aufgabe der SP Schweiz ist es dabei, optimale Grundlagen dafür zu schaffen (Anmeldeformular, Sektionshandbuch zu Mitgliederentwicklung, Sammlung von «Best-Practice-Beispielen»). Die eigentliche Arbeit muss aber in den Kantonen und Sektionen geleistet werden. Von ihnen wird erwartet, dass mit jedem Neumitglied mindestens ein persönlicher Kontakt hergestellt wird, um es zu begrüßen. Das Gespräch dient dazu, sich gegenseitig kennenzulernen sowie die Motive für den Eintritt und mögliche Betätigungsmöglichkeiten zu erfahren. Ein weiteres Ziel ist, dass jede Sektion pro Legislatur mindestens einmal mit all ihren Mitgliedern persönlichen Kontakt aufnimmt. Jede Sektion und jede Kantonalpartei definiert zudem jährlich zwei bis drei Massnahmen zur Mitgliederengewinnung – die SP Schweiz liefert dazu Vorschläge.

Um sicherzustellen, dass die Massnahmen wie geplant durchgeführt werden, definiert jede Ebene eine für die Mitgliederentwicklung verantwortliche Person. Es geht dabei nicht darum, dass diese Person sämtliche Telefone und Aktionen selber machen muss, sie soll aber dafür besorgt sein, dass es nicht lediglich bei guten Vorsätzen bleibt.

Simon Roth, Verantwortlicher Mitgliederentwicklung

Christian Levrat,
Parteipräsident
SP Schweiz



Eine Wirtschaft für alle statt für wenige

Nach der Debatte 2010 in Lausanne über die Probleme der heutigen kapitalistischen Wirtschaft und unsere Vorstellungen einer sozialen und ökologischen Wirtschaftsdemokratie wollen wir uns am Parteitag vom 3./4. Dezember erneut mit dem Thema Wirtschaftsdemokratie beschäftigen. Dies aus drei Gründen:

1. Es ist dringend nötig. Wer einen realistischen Blick auf die Welt im Jahr 2016 wirft, muss zum Schluss kommen, dass der Kapitalismus mehr Probleme schafft, als er zu lösen in der Lage ist. Die Reichen werden reicher – vor allem durch den Bezug leistungsloser Einkommen. Demgegenüber gerät der Mittelstand zunehmend unter Druck und die Lage der Armen wird immer prekärer. Der Zwang zu Rendite und Verwertung treibt gleichzeitig auch das klimaschädliche Produktions- und Konsumverhalten an, das ausgedörrte und unfruchtbar gewordene Landstriche zur Folge hat und Millionen von Menschen in die Flucht treibt. Wenn wir dafür sorgen wollen, dass soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und Gleichheit eines Tages Realität werden, dann funktioniert das nicht auf dem Weg, den das heute dominierende Wirtschaftsmodell eingeschlagen hat. Wir müssen andere Wege suchen, die nachhaltiger und intelligenter sind. Wir müssen darüber nachdenken, wie unsere Wirtschaft und Gesellschaft besser, wie sie demokratisch, ökologisch und solidarisch funktionieren können. Und wir müssen Alternativen aufbauen, sie stärken und ihnen zum Durchbruch verhelfen.

2. Es passiert bereits. Es gibt unzählige Menschen, die Initiativen starten, gemeinschaftliche Projekte lancieren, Unternehmerinnen und Unternehmer, die sich der Gemeinwohlökonomie und der *Economie Sociale et Solidaire* verschrieben haben. Sie alle widersetzen sich den Regeln der kapitalistischen Wirtschaft, die uns immer wieder als einzig mögliche Wirtschaft verkauft wird. Sie orientieren sich an Werten wie Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität und Nachhaltigkeit und nicht am Prinzip der Gewinnmaximierung.

3. Weil wir es können. Die Sozialdemokratie war schon immer die Partei, die nicht nur parlamentarische Tagespolitik gemacht hat, sondern sich auch mit Themen auseinandersetzt, die darüber hinausgehen. Die Visionen entwickelt für ein besseres und gerechteres Zusammenleben. Das leistet das vorliegende Positionspapier: Wirtschaftsdemokratie ist keine Revolution. Sie passiert bereits, sie besteht aus vielen kleinen und grossen, kreativen und intelligenten Schritten in eine bessere Richtung. In Richtung einer Wirtschaft für alle statt für wenige.

Was kann ich persönlich machen?

Menschen direkt ansprechen!

Studien aus Deutschland zeigen: 15 Prozent der Bevölkerung wären grundsätzlich bereit, Mitglied einer Partei zu werden. Tatsächlich sind es aber nur 2 Prozent. Die restlichen 13 Prozent geben als Grund, weshalb sie nicht Mitglied sind, häufig an, bisher nicht angefragt worden zu sein. Deshalb: Wenn sich das nächste Mal jemand bei dir über die Sparmassnahmen in der Bildung oder der Behindertenbetreuung beschwert, erinnere diese Person daran, dass man sich dagegen nur gemeinsam wehren kann. Am besten geht dies, wenn man jetzt Mitglied der SP wird. Falls dein Gegenüber darauf nicht betont negativ reagiert, kannst du auf deinem Smartphone unser neues Anmeldeformular über www.spschweiz.ch/beitreten aufrufen – und schon haben wir mit einiger Wahrscheinlichkeit ein neues Mitglied.

Das Papier sowie alle weiteren Unterlagen zum Parteitag in Thun finden sich unter www.spschweiz.ch/parteitag

«Das grösste Problem ist der Demokratieverlust»

JUDITH BUCHER ARBEITET BEIM VPOD UND ENGAGIERT SICH DORT GEGEN DAS TISA-ABKOMMEN. AN DER DIESJÄHRIGEN SOMMERUNI HAT SIE EINEN WORKSHOP ZU TISA GELEITET.



Interview:
Nicole
Silvestri

Liebe Judith, was bedeutet eigentlich TiSA?

Das «Trade in Services Agreement» – kurz TiSA – ist ein Freihandelsabkommen zwischen 23 Staaten, welches in erster Linie die Interessen der grossen Konzerne berücksichtigt. Alle Dienstleistun-

gen, insbesondere der Service public, sollen für den freien Markt geöffnet werden. Das bedeutet für uns, dass die Swisscom, die Post und weitere Institutionen privatisiert würden. Die Konzerne profitierten enorm von dieser Marktöffnung: Die Postfinance beispielsweise wäre ein lukratives Geschäft. Erschreckend ist auch, dass der Vertrag vorsieht, dass alle Deregulierungen nicht mehr rückgängig gemacht werden können und der Markt zukünftig nicht mehr reguliert werden darf, als er es zum Zeitpunkt der Unterzeichnung ist.

Wo siehst du die grössten Gefahren von TiSA?

Für mich ist das grösste Problem der Demokratieverlust: dass hinter verschlossenen Türen über ein so wichtiges Thema verhandelt wird, das uns alle betrifft.

Was verspricht sich die Wirtschaft von diesem Abkommen?

Die Konzerne würden enorm profitieren. Ich beschreibe das mit dem Bild zweier Schweizen. Einer Schweiz, in der wir leben und uns bewegen, in der wir Volksrechte geniessen, und einer zweiten

Schweiz, die global unterwegs ist und versucht, für Grosskonzerne möglichst günstige Voraussetzungen zu schaffen. Die zweite Schweiz würde von TiSA gewaltig profitieren, während die erste Schweiz unter grossen Einbussen zu leiden hätte.

Wie können wir uns gegen dieses Abkommen wehren?

Zunächst einmal: Die Chancen stehen gar nicht so schlecht, dass das Abkommen nicht zustande kommt. Ich glaube, wenn TTIP und CETA, die Freihandelsabkommen der EU mit den USA respektive Kanada, abstürzen, bricht es in sich zusammen. Wir haben in verschiedenen Städten Vorstösse für sogenannte «TiSA-freie Zonen» gemacht und konnten fast überall eine Mehrheit gewinnen. Unser vorrangiges Ziel muss jedoch sein, die eigenen Reihen zu überzeugen und zu mobilisieren. Die Leute müssen merken, dass viel auf dem Spiel steht, dass hier mit unserer Demokratie gespielt wird.

Wo stehen die Verhandlungen um das Abkommen heute?

Die Verhandlungen haben 2012 begonnen. Da sie geheim sind und auch wir unsere Informationen nur durch geleakte Dokumente erhalten, ist es schwierig zu sagen, wie weit sie fortgeschritten sind. Ich denke jedoch, es ist möglich, dass die Verhandlungen in einer Volksabstimmung münden. Sollte es so weit kommen, kann man die SVP-Wähler wahrscheinlich an Bord holen, denn diese wehren sich ja gegen «fremde Richter».

**STOPP TISA,
TTIP & CO!**

**KUNDGEBUNG
MANIFESTATION
BUNDESPLATZ
PLACE FEDERALE
8.10.2016 BERN (E) 15:00**

**KUNDGEBUNG, FOOD,
AKTIONEN & SHOW
TOMMY VERCETTI
/ ETRIT HASLER / GREIS**

**MANIFESTATION,
BOUFFE & BOISSONS,
ACTIONS & SHOW
TOMMY VERCETTI /
ETRIT HASLER / GREIS**

**Our World
is not for sale!
STOP TISA
now!**

Sommeruni für alle statt für wenige

Dieses Interview ist Teil einer Dokumentation zur Sommeruni 2016. Neben Interviews mit Referentinnen und Referenten werden verschriftlichte Reden, Porträts und natürlich Bilder allen Interessierten zugänglich gemacht. Die Dokumentation findet sich unter www.spschweiz.ch/sommeruni



Amélia Christinat



Lilian Uchtenhagen

Setzen wir ihren Kampf fort!

MIT LILIAN UCHTENHAGEN UND AMÉLIA CHRISTINAT SIND ZWEI BEDEUTENDE FRAUENRECHTLERINNEN VERSTORBEN. SIE GEHÖREN ZU DENJENIGEN, DIE DEN FRAUEN DEN WEG IN DIE POLITIK GEEBNET HABEN.

1946 bricht die 20-jährige Amélia auf und verlässt ihre Tessiner Heimat, um in Genf zu arbeiten. Zuerst in der Fabrik und dann bei der PTT entdeckt sie die Welt der Arbeiterinnen und Arbeiter und tritt der Gewerkschaft bei. Sie wird sich bewusst, wie schwierig die gesellschaftliche Position der Frauen ist und gründet die *Fédération romande des consommatrices*, den Verband der Konsumentinnen. Das reicht ihr jedoch nicht, und so beginnt sie, sich politisch zu engagieren. Lilian wird 1928 in eine freisinnige Solothurner Familie hineingeboren. 1947 beginnt sie ihr Studium der Staatswissenschaften und der Wirtschaft, das sie nach Basel und London führt. Während des Studiums arbeitet sie und schliesst 1954 das Doktorat ab. Wie Amélia bleibt auch Lilian das Stimmrecht verwehrt, weshalb sie auf politischem Weg dafür kämpft.

Einstieg in die Politik

1961 dürfen Frauen im Kanton Genf endlich wählen und sich zur Wahl stellen. Amélia tritt der SP bei, für die sie 1967 für das Stadtparlament kandidiert und auch gewählt wird. Zwei Jahre später zieht sie ins kantonale Parlament ein, und ab 1978 repräsentiert sie die Genferinnen und Genfer in Bern im Nationalrat.

Als in Zürich 1970 das kantonale Stimmrecht eingeführt wird, tritt Lilian Uchtenhagen der SP bei. Im selben Jahr tritt sie zu den Gemeindewahlen an und wird in das Zürcher

Stadtparlament gewählt. Ein Jahr später, 1971, schafft sie die Wahl in den Nationalrat und gehört somit zu den ersten 11 Frauen im nationalen Parlament. Die brillante Politikerin macht sich bald einen Namen und steigt an die Parteispitze auf, wo sie zusammen mit dem Parteipräsidenten Helmut Hubacher politisiert.

Feministischer Kampf im Parlament ...

Amélia, die leidenschaftliche Schneiderin – der lateinischen Schweiz verbunden – und Lilian, die brillante Deutschschweizer Akademikerin, arbeiten ab 1978 Seite an Seite im Nationalrat. Ihre Profile und Charaktere sind zwar unterschiedlich, aber sie führen zusammen mit ihren Genossen den gleichen feministischen Kampf für mehr Chancengleichheit.

1983 wird Lilian von der SP als Bundesratskandidatin aufgestellt – als erste Frau. Amélia setzt sich mit Herzblut für die Kandidatur ihrer Genossin ein. Die Bürgerlichen sind jedoch noch nicht bereit für eine Bundesrätin – und schon gar nicht für eine Sozialdemokratin. Zu empfindlich, zu schwach. Sie suchen einen Sprengkandidaten und wählen schliesslich den Sozialdemokraten Otto Stich.

... und in der Partei

Die Enttäuschung über dieses erneute Hindernis, das einer Frau in den Weg gelegt wird, löst in der SP eine Grundsatzdiskussion aus.

Amélia fordert am Parteitag 1984, dass sich die SP deswegen aus der Regierung zurückzieht. Dem Antrag wird zwar nicht stattgegeben, aber die Botschaft ist klar. Zehn Jahre später, 1993, kandidiert mit Christiane Brunner erneut eine Sozialdemokratin für den Bundesrat. Das Szenario wiederholt sich: Anstatt Christiane Brunner macht der Genosse Francis Matthey das Rennen, er verzichtet allerdings auf das Amt. An seiner Stelle wird schliesslich Ruth Dreyfuss gewählt. Sie wird die erste Sozialdemokratin im Bundesrat und später die erste Bundespräsidentin. Lilians und Amélias Mut und Entschlossenheit haben wesentlich zu diesem Sieg für die Sozialdemokratinnen beigetragen.

Vergesst unseren Kampf nicht!

Amélia und Lilian sind beide Anfang September verstorben. Gemeinsam kämpften sie unbeirrt für das Frauenstimmrecht. Sie stellten ihre Energie, ihre Leidenschaft, ihre Intelligenz und ihre Fähigkeiten in den Dienst der Bürgerinnen und Bürger, damit die Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht in einer gerechten Welt ein würdiges Leben führen können. Fast ist es, als hätten sie mit ihrem gleichzeitigen Abschied ein letztes Signal senden wollen: Vergesst unseren Kampf nicht! Liebe Genossinnen, denken wir an diese beiden starken Frauen, wenn wir das Abstimmungsmaterial vor uns haben oder unseren Namen in eine Wahlliste eintragen: Engagieren wir uns und setzen wir ihren Kampf fort.

*Nadège Piller, Stellvertreterin
der Zentralsekretärin SP Frauen**

Übersetzung aus dem Französischen von Salomé Trafelet

Eine öffentliche Veranstaltung der SP-Bundeshausfraktion

Europas neue Rechte und die Verantwortung der Linken

In ganz Europa sind rechtspopulistische Parteien auf dem Vormarsch. Der Front National, die AfD, Ukip oder die FPÖ gewinnen Wahlen und dominieren den politischen Diskurs. In der Schweiz erleben wir mit der SVP seit Jahren dasselbe. Auffällig ist, dass viele ehemalige Wählerinnen und Wähler linker Parteien aus unteren Schichten die neue Rechte unterstützen. Wie der französische Soziologe Didier Eribon (Autor von «Rückkehr nach Reims») betont, tragen die linken Parteien eine wesentliche Mitverantwortung daran. Ihm zufolge vernachlässigt die Linke die unteren Schichten seit geraumer Zeit. Stattdessen fokussiert sie auf die kosmopolitischen Gewinner der Globalisierung. Die rechtspopulistischen Parteien haben das dadurch entstandene Vakuum gefüllt und der Arbeiterklasse eine Stimme gegeben. Dies zählt sich nun an der Urne aus, die Arbeiterklasse hat sich der politischen Rechten zugewandt. Trifft diese Analyse so auch auf die Schweiz zu? Und wie muss die Linke auf den Aufstieg der neuen Rechten reagieren?

Mit **Didier Eribon** diskutieren SP-Präsident **Christian Levrat**, Nationalrätin **Min Li Marti** und Politikwissenschaftlerin **Line Rennwald**.
Moderation: **Roger Nordmann**, Fraktionspräsident

Kulturzentrum Progr (Aula), Waisenhausplatz 30,
3011 Bern (gleich beim Bahnhof)

Freitag, **18. November 2016**, 19–21 Uhr,
anschliessend Apéro

Eintritt: frei



Patrice Normand/Opale/Éditions Fayard

Didier Eribon

TATORT: BUNDESHAUS

In der Monster-Debatte über die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative zeigt sich die SVP ausser Rand und Band. Pochende Halschlagadern, rote Köpfe, verbale Entgleisungen und Dambrüche – alle bekommen ihr Fett weg! Die CVP, und wir sowieso. Auch die FDP erleidet Flur(i)schaden. Fraktions-Beau Adrian Amstutz bedient sich abwechselungsweise des Zweihänders, der Ketensäge und der Abrissbirne. «Hier wird die direkte Demokratie beerdigt, und diejenigen, die dabei mithelfen, sind Totengräber!» gehört noch zum Braveren. Von «Verrat am Volk» ist die Rede/Schreie. Krimi im Bundeshaus!

«Der Angstschweiss ist riechbar in diesem Raum!», poltert er weiter. Warum Angstschweiss und nicht Leichengeruch, bleibt unklar. Vielleicht ist's auch CVP- oder FDP-Achselschweiss, der an seinem Hemd haftete und noch vom innigen Schulterschluss im Wahlkampf herührt. «Bis vor ein paar Wochen war ich überzeugt, dass wir mit den Bürgerlichen zumindest eine kleine Lösung finden!», wettet SVP-Boss Albert Rösti. Sein Name muss übrigens in deutschen Ohren so klischeehaft schweizerisch klingen, dass er ohne weiteres einem hiesigen Tatort-Kommissar gehören könnte. Reto Flückiger lässt grüssen («Grüezi!»).

STEFAN KRATTIGER

ROTSTICH



Apropos Tatort: Der Totengräber macht ja nur seinen Job. Ihm obliegt es, Gräber auszuheben und zu schliessen. Aber wer hat die gute alte Demokratie um die (rechte) Ecke gebracht? Die Belastungszeugen lassen nicht auf sich warten: Noch während der Debatte wüten wütende Wutbürger auf Social Media, angestachelt von einer geifernden SVP. Als was dort gewählte Parlamentsmitglieder beschimpft werden und was man aus Sicht der Tobenden mit ihnen machen sollte, ist nicht zitier- und schon gar nicht demokratiefähig. Der Täter ist gefunden. Wenn nicht Mord, war es zumindest fahrlässige Brandstiftung.

Professionell präsentieren mit PowerPoint (MS Office 2013)

D1.8.1606
30.9.2016, Computerschule Bern, Bern
Voreinstellungen optimieren, Folien mit Texten und Objekten effizient erstellen und animieren, Folienübergänge festlegen, eigenes Design definieren und als Vorlage speichern, gesteuerte und selbstablaufende Präsentationen produzieren
Referent: Béla Filep (Informatik-coach)

Umgang mit Konflikten am Arbeitsplatz

D2.4.1623
3.10.–4.10.2016, Hotel Balsthal, Balsthal
Kommunikation, Konfliktformen und Eskalationsstufen, Interventionsinstrumente
Referentin: Nora Herzog (Erwachsenenbildnerin)

Medienarbeit: professionell und praxisnah

D1.8.1624
5.10.–6.10.2016, Fortbildungszentrum Oberdorf SO
Grundlagen der Medienarbeit, die richtige Botschaft in der richtigen Form, Körpersprache, Sprechregeln, Atemtechnik, Umgang mit Lampenfieber
Referentin: Bruna Fossati (Fachfrau für Kommunikation und Organisationsentwicklung)

PC-Einstiegskurs für Seniorinnen und Senioren (Windows 8/MS Office 13)

D2.6.1616
19.10.–21.10.2016, Neteducation, Technopark Zürich
Grafische Benutzeroberfläche von Windows 8 kennenlernen, Einblick in das Arbeiten mit dem MS-Office-Programm Word (MS Office 2013) gewinnen, einfache Internetsuche, E-Mail-Adresse einrichten, E-Mails mit Beilagen senden
Referent: Peter Schriber (Informatikcoach)

Protokollführung

D1.8.1620
20.10.–21.10.2016, Seminarhaus Boldern, Männedorf ZH
Bedeutung und Arten von Protokollen, Instrumente zur raschen Erfassung des Gehörten, professionelle Gestaltung des Protokolls
Referent: Gerhard Friedl (Erwachsenenbildner)

Soziale Absicherung bei Unfall, Krankheit und Invalidität

D1.8.1615
24.10.–25.10.2016, Solbadhotel Sigriswil BE
Funktionsweise, Leistungen, Anspruchsvoraussetzungen und Finanzierung von UV, KV und IV, politische Streitfelder, Zukunftsperspektiven und gewerkschaftliche Positionen
Referentinnen: Anna Sax (Gesundheitsökonomin), Christine Goll (Movendo)

Suchen und finden – sicher im Internet

D2.6.1626
28.10.2016, Neteducation, Technopark Zürich
Umfassende Google-Suche und Google-Tricks, verschiedene Suchwerkzeuge nutzen, Überprüfung der Informationen, Sicherheitstipps für den Umgang mit dem Internet
Referentin: Claudine Traber (Internetcoach)

Kündigen oder gekündigt werden

D2.2.1603
3.11.2016, Restaurant Aarhof, Olten
Rechtliche Grundlagen zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses, Kündigung zur Unzeit, missbräuchliche oder fristlose Kündigung, Kündigung während Probezeit, Krankheit und Unfall, Analyse des eigenen Arbeitsvertrags
Referentin: Janine Junker (Rechtsanwältin)

Politik für den Alltag

D2.1.1610
4.11.2016, vpod-Zentralsekretariat, Zürich
Nationalismuskritik, Funktion und Rolle der Gewerkschaften, sozial- und wirtschaftspolitische Zusammenhänge
Zielpublikum: Mitglieder und Interessierte unter 35 Jahren
ReferentInnen: Vasco Pedrina (Unia), Simon Rutz (Unia), Christine Goll (Movendo) und Mitglieder aus den Jugendkommissionen der Gewerkschaften

Gute Gesamtarbeitsverträge durchsetzen

D1.8.1612
17.11.2016, Unia-Zentralsekretariat, Bern
Analyse und Bedeutung von GAV, Entwicklung der GAV in der Schweiz, GAV-Service
Referent: Beat Baumann (Unia)

Für wen tickt die Uhr?

D2.2.1604
8.12.2016, Bildungszentrum 21, Basel

Arbeitszeit, Teilzeit, Mindestarbeitszeit, Überstunden/Überzeit, Kompensation oder Entschädigung, Geltendmachung, Pikettdienst, Arbeit auf Abruf, ständige Erreichbarkeit, Homeoffice und Online-Arbeit, Abgrenzung zur Freizeit
Referent: Urs Egger (Unia)

Die Anmeldung erfolgt online über www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch oder per Telefon 031 370 00 70.

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von 230 Fr. statt 390 Fr. resp. 300 Fr. statt 450 Fr. pro Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, simon.roth@spschweiz.ch) finanzielle Unterstützung beantragt werden.

AGENDA 2016/2017

27. NOVEMBER
Abstimmungen

3./4. DEZEMBER
Parteitag, Thun

12. FEBRUAR
Abstimmungen

1. APRIL
DV

21. MAI
Abstimmungen

24. JUNI
DV

24. SEPTEMBER
Abstimmungen

14. OKTOBER
DV

26. NOVEMBER
Abstimmungen

LESERBRIEF

Besten Dank für euer Interview mit Tamara Funicello. Dazu eine kleine Anmerkung: Es ist nicht das erste und auch nicht das zweite Mal, dass die Jusos von Genossinnen präsidiert werden: Ende der 1980er-Jahre gab es sogar ein dreiköpfiges weibliches Co-Präsidium mit Sophie Köhler, Seoul (sie hat u. a. das – immer noch aktuelle – Juso-Logo gezeichnet), Sonia Wälti, Washington DC, Barbara Bolt, St. Gallen. Bitte vergesst die ehemaligen Juso-Genossinnen, die ins Ausland ausgewandert sind, nicht.

Mit besten Grüssen
Roland Erne, Dublin (ehemaliger Kassier Juso Schweiz)

**Amelie braucht
keinen Atomstrom.**



**am 27. November zum
geordneten Atomausstieg
bis 2029**

geordneter-atomausstieg-ja.ch

